



Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 21. Oktober 2019
Kantonsratspräsident Josef Wyss

B 4 B Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2020–2023; Entwürfe Kantonsratsbeschlüsse - Kantonsratsbeschluss über den Voranschlag 2020 des Kantons Luzern / Finanzdepartement

Antrag Misticoni Fabrizio zu S. 86 ff. / H0-1010 Staatskanzlei: Der Personaletat beim Datenschutzbeauftragten ist um zusätzliche 100 % (insgesamt 200 %) aufzustocken und das Globalbudget somit um 150 000 Franken zu erhöhen.

Antrag Agner Sara zu S. 86 ff. / H0-1010 Staatskanzlei: Der Personalbestand beim Datenschutzbeauftragten ist um weitere 190 % auf insgesamt 380 % zu erhöhen. Das Globalbudget ist um 285 000 Franken zu erhöhen.

Fabrizio Misticoni: Nicht alle scheinen meine Bedenken im Bereich Datenschutz zu teilen. Falls Sie Ihre Meinung doch noch ändern sollten, bitte ich Sie, meinen Antrag dem von Sara Agner vorzuziehen, da es sich dabei um die günstigere Variante handelt.

Sara Agner: Wir orientieren uns nicht an der Vergangenheit, sondern daran, was der Kanton effektiv braucht. Die Aufstockung um 100 Stellenprozente reicht nicht aus. Wir beantragen eine Erhöhung um 190 Prozent, damit auch verschiedene Digitalisierungsprojekte verantwortungsvoll vorangetrieben werden können. Es braucht einen Datenschutz, der die Themen proaktiv angehen kann. Auch wenn die Gesetzesrevision ins Stocken geraten ist, braucht es die zeitlichen Ressourcen schon ab 2020.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Die beiden Anträge sind der PFK nicht vorgelegen. Der Kommission lag jedoch ein Antrag über die Erhöhung des Globalbudgets um 100 000 Franken vor, der mit 12 zu 4 Stimmen abgelehnt wurde. Die Höhe der Anstellung liegt übrigens nicht in der Kompetenz unseres Rates, er kann lediglich über das Globalbudget befinden.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: In der Diskussion zum AFP haben wir dieses Thema bereits behandelt, und Sie haben die entsprechenden Bemerkungen abgelehnt. Ich verzichte darauf, mich zu wiederholen, und bitte Sie, die beiden Anträge abzulehnen.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat den Antrag 2 dem Antrag 1 mit 68 zu 41 Stimmen vor.

In der definitiven Abstimmung lehnt der Rat den Antrag 2 mit 79 zu 30 Stimmen ab.

Hannes Koch, Fabrizio Misticoni und Marianne Wimmer-Lötscher ziehen die folgenden Anträge 3, 4 und 5 zurück:

Antrag Koch Hannes zu S. 129 / H0-5010 GSD – Stabsleistungen: Auf die Massnahme «Kürzung Kantonsbeitrag ab 2020 für den Zweckverband institutionelle Sozialhilfe und Gesundheitsförderung (ZISG)» ist zu verzichten. Das Globalbudget ist ab 2020 um 0,055 Mio. Franken zu erhöhen.

Antrag Misticoni Fabrizio zu S. 139 f. / H0-6680 JSD – Staatsarchiv: Der Personaletat im

Staatsarchiv ist um eine Vollzeitstelle zu erhöhen und das Globalbudget somit um 100 000 Franken zu erhöhen.

Antrag Wimmer-Lötscher Marianne zu S. 139 f. / H0-6680 JSD – Staatsarchiv: Das Globalbudget ist um 300 000 Franken zu erhöhen. Das entspricht einer Erhöhung des Personalbestandes beim Staatsarchiv auf zusätzliche 3 Vollzeitstellen.

Antrag Frey Monique zu S. 154 / H1-6640 JSD – Strassen- und Schifffahrtswesen: Erhöhung des Globalbudgets um 100 000 Franken für die Erarbeitung der Botschaft des überwiesenen Postulats zur ökologischen MFZ-Steuer.

Monique Frey: 2006 reichte Peter Lerch von der Grünen Fraktion die Motion M 643 über eine emissions- und verbrauchsabhängige Motorfahrzeugsteuer ein. 2010 lag die Botschaft dazu vor, die jedoch 2011 an den Regierungsrat zurückgewiesen wurde. 2013 hat unser Rat erneut über die Botschaft befunden, um sie dann im Januar 2014 abzulehnen. In diesen acht Jahren wurde nichts erreicht. So etwas können wir uns nicht nochmals leisten. Anlässlich der Klima-Sondersession hat unser Rat ein Postulat mit der Forderung überwiesen, eine Botschaft zur ökologischen Fahrzeugsteuer zu erarbeiten. Damit es nicht nochmals vier Jahre dauert, bis diese Botschaft vorliegt, braucht es zusätzliche personelle Ressourcen. Ich bitte Sie deshalb, das Globalbudget um 100 000 Franken zu erhöhen, damit die Botschaft so schnell wie möglich erarbeitet werden kann. Nur so bringen wir den Kanton dazu, spätestens 2050 klimaneutral zu sein.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Dieser Antrag ist der PFK nicht vorgelegen.

Jörg Meyer: Ich gehe mit der Antragstellerin darin einig, dass der Kanton Luzern bezüglich ökologischer Motorfahrzeugsteuer nicht gerade eine Vorreiterrolle einnimmt. Die SP-Fraktion lehnt den Antrag trotzdem ab. Wir erachten es als falsch, wenn unser Rat für die Erarbeitung einzelner Botschaften zusätzliche finanzielle Mittel spricht. Ich glaube auch nicht, dass es bei der Einführung der ökologischen Motorfahrzeugsteuer infolge fehlender Finanzen harzt, sondern die Gründe sind eher politischer Natur. Es braucht keine zusätzlichen Gelder, sondern den politischen Willen bei den zuständigen Stellen, den wir uns aber in der Schweiz zum Glück nicht erkaufen können.

Markus Hess: Die GLP-Fraktion setzt sich zwar für eine ökologische Motorfahrzeugsteuer ein, lehnt den Antrag aber ab. Es kann nicht Aufgabe unseres Rates sein, anstelle der Verwaltung das Mikromanagement zu übernehmen. Die Verwaltung ist für die fortlaufende Bearbeitung der Vorstösse zuständig.

Daniel Piazza: Die CVP-Fraktion lehnt den Antrag ab. Die Erarbeitung der Botschaft hat im Rahmen des ordentlichen Globalbudgets zu erfolgen. Wir sehen nicht ein, warum hier ein Präjudiz geschaffen werden sollte. Abgesehen davon haben wir den Eindruck, dass es sich mit den zusätzlichen 100 000 Franken um eine sehr teure Botschaft handeln würde.

Marcel Omlin: Die SVP-Fraktion lehnt den Antrag ab. Ich kann mich dem Votum von Jörg Meyer anschliessen.

Philipp Bucher: Die FDP-Fraktion lehnt den Antrag einstimmig ab.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Ich komme nochmals auf die Aufgaben und Kompetenzen zurück: Sie überweisen Motionen und wir setzen diese mit den vorhandenen Mitteln um. Es kann nicht sein, dass Sie für jede Motion oder jedes Postulat eine entsprechende Budgetposition definieren, das ginge zu weit. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 100 zu 12 Stimmen ab.

Samuel Zbinden, Angelina Spörri und Helene Meyer-Jenny ziehen die folgenden Anträge 7, 8 und 9 zurück:

Antrag Spörri Angelina/Meyer-Jenni Helene zu S. 195 / H2-3400 BKD – Berufs- und Weiterbildung: Die Stipendien sind im Globalbudget um 1,1 Mio. Franken zu erhöhen, um den Zustand vor KP17 wieder zu erreichen.

Antrag Heeb Jonas zu S. 202 / H2-3500 BKD – Hochschulbildung: Der Trägerschaftsbeitrag für die PH Luzern ist im Globalbudget auf 7,1 Mio. Franken zu erhöhen.

Antrag Zbinden Samuel zu S. 163 / H1-6670 JSD – Handelsregisterführung: Das Globalbudget in Bezug auf die Handelsregisterführung ist auf 65 000 Franken zu erhöhen.

Antrag Frey Monique zu S. 215 / H4-5020 GSD – Gesundheit: Erhöhung des Globalbudgets um 100 000 Franken für die Erarbeitung der Botschaft des überwiesenen Postulats zu Hitzemassnahmeplänen.

Monique Frey: Ich gehöre diesem Rat schon länger an und stelle keine Anträge in der Budgetdebatte, damit Postulate oder Motionen überarbeitet werden. Im Moment befinden wir uns aber in einer speziellen Situation, da wir vor den Sommerferien den Klimanotstand ausgerufen und einige Postulate überwiesen haben. Im Budget ist jedoch für die Umsetzung dieser Postulate kein Geld vorgesehen. Man geht davon aus, diese Herausforderung mit dem bisherigen Personaletat meistern zu können. Ich bitte Sie dem Regierungsrat den Auftrag zu erteilen, klar zu benennen, wie er die anlässlich der Klima-Sondersession überwiesenen Vorstösse umsetzen will. Ich halte an meinem Antrag fest.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Dieser Antrag ist der PFK nicht vorgelegen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Wie im erheblich erklärten Postulat P 655 beschrieben, werden wir die weitere Stossrichtung bedarfsgerecht in die Ausarbeitung möglicher zusätzlicher Massnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaadaptation aufnehmen. Die Regierung ist der Meinung, dass es keine zusätzlichen Mittel benötigt. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 90 zu 14 Stimmen ab.

David Roth zieht den folgenden Antrag 11 zurück:

Antrag Roth David zu S. 229 ff. / H5-5040 GSD – Soziales und Gesellschaft: Für die Bereitstellung der Entlastungsangebote sei das Globalbudget jährlich um 500 000 Franken zu erhöhen.

Antrag Bärtsch Korintha zu S. 268 / H7-2040 BUWD – Umwelt und Energie: Das Globalbudget ist im Hinblick auf die Erhöhung der Mittel für das Energieförderprogramm um 1,2 Mio. Franken zu erhöhen.

Korintha Bärtsch: Mit den in meinem Antrag verlangten 1,2 Millionen Franken soll das Energieförderprogramm 2020 auf dem gleichen Level gehalten werden wie 2019. Zudem muss der Kanton die beiden Postulate bezüglich Unterstützung von Holzfeuerungen und Wärmeanschlüssen umsetzen. Das Budget des Energieförderprogramms 2019 wird diesen November bereits ausgeschöpft sein. Nächstes Jahr erwarten wir mehr Aufträge, aber das Budget ist kleiner. So dürfte dem Energieförderprogramm bereits Ende August 2020 kein Geld mehr zur Verfügung stehen. Der Bund stellt dem Kanton Luzern für das Energieförderprogramm 900 000 Franken weniger zur Verfügung. Gemäss Aussage des Finanzdirektors kann der Kanton diesen Ausfall nicht einfach kompensieren. Beim Förderprogramm braucht es aber Kontinuität, sonst verliert der Kanton an Glaubwürdigkeit. Andere Kantone, wie etwa Thurgau, investieren jedes Jahr zusätzlich in ihre Energieförderprogramme und ermöglichen so die Umsetzung von Gebäudeprogrammen. Der Kanton Luzern hat zwar ein gutes Energiegesetz, für seine erfolgreiche Umsetzung braucht es aber zusätzliche finanzielle Mittel, sonst droht die Gefahr, dass der Kanton Luzern ins Hintertreffen gerät.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Dieser Antrag ist der PFK nicht vorgelegen.

Urs Brücker: Die GLP-Fraktion stimmt dem Antrag zu. Das Förderprogramm löst doppelt so hohe Bundesbeiträge aus, daher lohnt sich die Erhöhung um 1,2 Millionen Franken. Wie ich vernommen habe, kommen die Wärmeverbunde nächstes Jahr wohl nicht zustande. Ich würde es begrüßen, wenn wenigstens einzelne Wärmeverbunde einen Beitrag erhalten würden. Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Markus Bucher: Aus Sicht der CVP ist der gesamte Voranschlag ausgewogen und realistisch. Daran wollen wir nichts ändern, die CVP-Fraktion lehnt den Antrag ab.

Andy Schneider: Der Klimanotstand wurde ausgerufen und das neue Energiegesetz verabschiedet, nun müssen Taten folgen. Die SP versteht nicht, warum der Regierungsrat keine Mittel im Voranschlag einstellen will. Wir stimmen dem Antrag zu.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Es ist nicht so, dass wir keine Mittel eingestellt haben, sondern wir sprechen hier von zusätzlichen Mitteln. Bei der AFP-Debatte haben Sie Prioritäten gesetzt, die wir umsetzen werden. Ich bitte Sie, beim Voranschlag keine Korrekturen vorzunehmen und den Antrag abzulehnen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 69 zu 39 Stimmen ab.

Antrag Frey Monique zu S. 268 / H7-2040 BUWD – Umwelt und Energie: Das Globalbudget ist um 900 000 Franken zu erhöhen. Für die Arbeit der interdepartementalen Arbeitsgruppe Klima, und dadurch verursachte Überstunden (200 000). Begleitung und Expertisen durch externe Fachleute und spezialisierte Büros (700 000). Es ist nur eine zusätzliche Arbeitsstelle für die Erarbeitung des Klimaberichtes sowie max. 200 000 bei Sach- und Betriebsaufwand eingerechnet. Das ist viel zu wenig.

Monique Frey: Bei meinem Antrag geht es um die Erarbeitung des Klimaberichts. Der Regierungsrat will nächstes Jahr bereits die Vernehmlassung zum Klimabericht durchführen. Diese dauert drei Monate, demzufolge muss der Bericht in einem Jahr vorliegen. Der Bericht kann nicht einfach auf die bestehenden Klimaprobleme und ihre Auswirkungen Bezug nehmen, sondern wir brauchen Informationen, welche Massnahmen der Kanton Luzern ergreifen kann, um weniger Treibhausgase auszustossen. Die Botschaft muss also auch Gesetzesänderungen beinhalten. Um die geplanten Fristen einhalten zu können, braucht es aber zusätzliche finanzielle Mittel. Ich bitte Sie, das Globalbudget um 900 000 Franken zu erhöhen, damit ein Bericht erarbeitet werden kann, der auch bei den verschiedensten Interessensgruppen das Vernehmlassungsverfahren besteht. Zugunsten einer erfolgreichen Klimapolitik bitte ich Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Dieser Antrag ist der PFK nicht vorgelegen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Wir haben den Auftrag für einen Klimabericht erhalten und Sie informiert, welche Mittel wir zur Umsetzung benötigen. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 79 zu 32 Stimmen ab.

Monique Frey zieht den folgenden Antrag 14 zurück:

Antrag Frey Monique zu S. 272 / H7-2053 BUWD – Naturgefahren: Das Globalbudget ist um 100 000 Franken zu erhöhen. Die Ausgaben für Sachanlagen (Wasserbau, baulicher Gewässerunterhalt, Schutz vor Massenbewegungen) sollen im 2020 auf den Wert von den Folgejahren erhöht werden, von 49,4 auf 56 Mio. Franken. Damit erhöhen sich die Abschreibungen.

Es folgen Fraktionserklärungen.

Für die FDP-Fraktion spricht Andreas Moser.

Andreas Moser: Die Budget- und die AFP-Debatte waren in den letzten vier Jahren immer anstrengend, und die Finanzlage des Kantons war anspruchsvoll. Konstant steigende Ausgaben, die nicht im Einklang mit den Einnahmen standen, dramatische NFA-Ausfälle und zu langsam ansteigende Steuererträge erforderten harte Sparmassnahmen, Mehreinnahmen und die Einführung von griffigeren Finanzinstrumenten. Mit dem neuen Finanzleitbild 17, der Organisationsentwicklung 2017 (OE17), der Steuergesetzrevision 2020, der Aufgaben- und Finanzreform 18 (AFR18) und dem Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) wurden Mittel und Massnahmen beschlossen, welche den Finanzhaushalt des Kantons nachhaltig stabilisieren. Der Weg dazu war steinig, aber erfolgreich. Die FDP hat immer aus einer eigenständigen, klaren und starken Position heraus Kompromisse und Mehrheiten gesucht und die nötigen und verantwortbaren Schritte auf die Partner zu gemacht. Alle bürgerlichen Parteien, nicht nur eine, haben ihren Beitrag dazu geleistet. Es war nicht der dritte Weg, sondern der richtige Weg zum Ziel: das Resultat einer

konsequent verfolgten bürgerlichen Finanzpolitik. Der Kanton steht heute deutlich besser da und hat wieder mehr Handlungsspielraum. Das ist mehr als erfreulich. Trotzdem gilt es nicht zu übertreiben und den Kuchen nicht auf einmal zu verteilen. Die strenge Ausgabenpolitik muss weiterverfolgt werden. Die Risiken der Konjunkturentwicklung sind in den Planjahren 2020–2023 vielleicht zu optimistisch eingestellt. Deshalb sind aus unserer Sicht im Moment nur einzelne, gezielte und umsichtig geplante Investitionen möglich. Das Geld jetzt schon mit beiden Händen auszugeben, hält die FDP für unverantwortlich. Richtig ist es, die Mitarbeitenden des Kantons und die Lehrpersonen, die einen wichtigen Beitrag geleistet haben, zu entlasten. Deshalb ist jetzt der Zeitpunkt, diese Sparmassnahmen prioritär rückgängig zu machen. Auch die Kürzung der individuellen Prämienverbilligung (IPV) war rückblickend ein Fehler. Dank dem Gegenvorschlag der Regierung werden jetzt Familien und Einzelpersonen noch besser entlastet als vorher. Eine weitere Herausforderung, auch finanziell gesehen, ist die Klimakrise. Sie bedingt einen Paradigmenwechsel. Die FDP anerkennt den Handlungsbedarf klar. Klimapolitik ist aus unserer Sicht aber auch immer Finanzpolitik und Wirtschaftspolitik. Die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft müssen stimmen, damit die notwendigen Massnahmen für den Klimawandel finanzierbar sind, denn nur eine erfolgreiche Wirtschaft hat Geld für Investitionen. Die Massnahmen müssen auch realistisch und sozialverträglich sein. Eigenverantwortung und Anreize stehen für uns zuoberst, Verbote nur dort, wo es nicht anders geht. Die diesjährige Budget- und AFP-Debatte stehen deshalb auch unter anderen Vorzeichen als in den Vorjahren. Zum Glück haben wir in den letzten vier Jahren die Hausaufgaben gemacht und verfügen über einen gewissen Spielraum. Die neuen Herausforderungen sind gross, und die Bevölkerung hat ein klares Zeichen gesetzt. Die FDP ist bereit und offen, den Weg weiterzugehen. Gesunde kantonale Finanzen sind eine zentrale Voraussetzung dazu. Tragen wir Sorge dazu und priorisieren in der nahen Zukunft richtig.

Für die CVP-Fraktion spricht Adrian Nussbaum.

Adrian Nussbaum: Die Budget- und die AFP-Debatte waren in diesem Jahr kürzer als in den letzten Jahren; jene wurde erstmals nicht von Demonstrationen begleitet, und auch der AFP hat eine viel grössere Mehrheit gefunden als in vergangenen Jahren. Die Linke findet den AFP noch immer nicht gut und hat viele Anträge gestellt. Viele Anträge stützten sich mehr auf vergangene Sparpakete statt auf einen ausgewiesenen Bedarf. Bei einigen Anträgen fühlte man sich schon eher in einer Kommissionssitzung als im Rat. Wenn wir beispielsweise über die Erhöhung eines Globalbudgets von 100 000 Franken diskutieren, um eine Botschaft auszuarbeiten, oder wenn wir hier über eine Erhöhung des Globalbudgets von 65 000 Franken diskutieren, welche im Zusammenhang mit einem künftigen, noch nicht einmal beschlossenen Umzug stehen, stelle ich die richtige Flughöhe dieser Debatte schon etwas infrage. Man kann nun etwas anderes behaupten, darüber lachen oder den Kopf schütteln. Die Lösung, um aus der schwierigen finanzpolitischen Kurve den Ausweg zu finden, basiert halt mindestens auch auf dem finanzpolitischen dritten Weg der CVP. Diese Gesamtschau von Einnahmen und Ausgaben bildete die Basis für den bürgerlichen Kompromiss. Ich möchte nicht wissen, wie das Budget und der AFP aussehen würden, wenn AFR18, STAF und die Steuergesetzrevision 2020 oder eines dieser Geschäfte keine Mehrheit gefunden hätten. Das Volk hat diesen Weg mehrmals bestärkt. Wenn ich schaue, welche Forderungen einzelne Fraktionen in den letzten Stunden über ihre Begehrlichkeiten in der Zukunft äusserten, wird mir etwas «gschmuck»: Die SVP will den Steuerfuss senken; sie vergisst wohl, dass die Vermögenssteuer nur befristet erhöht ist, einige Risiken aufgezeigt wurden und gerade in der Klimapolitik noch einige Ausgaben und Investitionen auf uns zukommen werden, welche ab nächstem Jahr einzustellen sind. Die SP will die Ausgaben ausbauen. Sie argumentiert, dass das Ausgleichskonto das zulässt, und vergisst, dass das strukturelle Defizit von heute die Basis für das Sparpaket von morgen ist. Die Grünen sprechen von einem kaputtgesparten Kanton Luzern. Das haben sie in den letzten AFP-Beratungen schon gesagt; ich bin nicht sicher, ob sie realisiert haben, dass der AFP, welcher uns heute vorliegt, diverse erhebliche Verbesserungen beinhaltet in Form von hohen Millionenbeträgen und nicht nur von 65 000 oder 100 000 Franken. Die CVP ist mit dem AFP

und dem Budget, wie sie aus der Beratung hervorgegangen sind, zufrieden. Das Budget berücksichtigt die höhere Prämienverbilligung und die Kürzung der Arbeitszeit von Lehr- und Staatspersonal, und es zeigt punktuelle Verbesserungen ohne Übermut. Zudem setzt es klare Zeichen, dass der Klimanotstand zwar symbolisch, aber nicht nur wegen des Wahlkampfes ausgerufen wurde. Wenn es uns gelingt, diesen Weg fortzusetzen, nimmt der Kanton Luzern die finanzpolitisch schwierige Kurve und setzt damit die Basis für eine erfolgreiche Zukunft.

Für die SP-Fraktion spricht Marcel Budmiger.

Marcel Budmiger: Abbau bei der Prämienverbilligung, Zwangsferien in den Schulen, kein Geld für den Transport von Menschen mit Behinderungen, ein Datenschutzbeauftragter, der seine gesetzlichen Aufgaben nicht erfüllen kann, Sparmassnahmen an Fachhochschulen und Universität, bei der Polizei und den Untersuchungsbehörden – diese Liste könnte noch weitergeführt werden. Viele Massnahmen wurden beschlossen, weil die Einhaltung der Schuldenbremse für Sie eine höhere Priorität hatte als die von den Abbaumassnahmen betroffenen Luzernerinnen und Luzerner. Ich weiss nicht mehr, wie viele Male Sie gesagt haben, dass Sie die einzelnen Abbaumassnahmen eigentlich gar nicht haben wollen. Sie haben mit der AFR18 geschickt Kosten auf die Gemeinden abgewälzt, und dank mehr Geld aus Bundesbern hat der Kanton zumindest vorübergehend etwas mehr Handlungsspielraum. Diesen Handlungsspielraum könnte man nun dafür nutzen, die Abbaumassnahmen, die man eigentlich gar nicht wollte, wieder aufzuheben. Sie haben diesen Handlungsspielraum heute genutzt, um das Ausgleichskonto, das die Kriterien des Finanzleitbildes erfüllt, massiv zu füllen. Früher sollte das Ausgleichskonto 100 Millionen Franken betragen, heute, mit dem neuen Finanzdirektor, soll es plötzlich doppelt so viel sein – warum das so ist, ist uns etwas schleierhaft. Das macht Ihre Aussagen, dass Sie viele der Massnahmen gar nicht haben wollten, unglaubwürdig. Das hat auch der Fraktionschef der CVP gemerkt, er will gar nicht mehr über vergangene Sparpakete reden. Vermutlich kann man nicht zweimal das Gleiche beichten. Bildung ist Ihnen wichtig, ein übervolles Ausgleichskonto ist aber noch wichtiger. Familien sind Ihnen wichtig, gerade wenn sie ein Kind mit Behinderung betreuen, das fiktive Ausgleichskonto ist Ihnen aber auch hier wichtiger als die realen Menschen im Kanton. Dass die Arbeitszeit – wie mehrmals versprochen – nun wieder auf 42 Stunden reduziert wird, ist zwar ein Lichtblick. Es ist aber schon ein bisschen ein komisches Signal, wenn man beim Staatspersonal die Abbaumassnahmen rückgängig macht, nicht aber die Sparmassnahmen, welche die Luzernerinnen und Luzerner direkt zu spüren bekommen haben. All den Menschen können Sie jetzt nicht mehr sagen, Sie möchten ihre Situation zwar verbessern, können aber nicht, weil wir keinen Spielraum dafür haben. Nein, jetzt hätten wir den Spielraum. Aber jetzt sieht die Bevölkerung, dass Sie das schlichtweg gar nicht wollen. Den bürgerlichen Finanzpolitikern tun vermutlich schon die Schultern weh vor lauter Schulterklopfen, wie gut doch alles herausgekommen ist mit ihrer Finanzstrategie. Die SP bemisst den Erfolg der Strategie nicht daran, wie viel Geld auf dem Ausgleichskonto ist, sondern welche Leistungen die Luzerner Bevölkerung erhält und ob die einschneidenden Abbaumassnahmen wieder rückgängig gemacht werden können. Auch wenn es beim Personal in die richtige Richtung gegangen ist, so sind wir noch weit von dieser Marke entfernt. Nach den kantonalen Wahlen – und erst recht nach gestern – sollten die bürgerlichen Parteien gemerkt haben, dass es auch links von der CVP Partner gibt. Obwohl von einer partnerschaftlichen Strategie die Rede war, wurden wir bewusst aussen vor gelassen. Wenn der CVP der Gedanke an die geplanten Steuersenkungen der SVP Sorge macht, sollte sie das Gespräch mit uns suchen. Wir sind offen, winken aber keine bürgerliche Hinterzimmerpolitik durch.

Für die G/JG-Fraktion spricht Monique Frey.

Monique Frey: Der AFP 2020–2023 zeigt deutlich, dass nicht die Tiefsteuerstrategie, sondern die moderate Steuererhöhung eine Verbesserung bewirkt hat. Das Ziel, dass auch jene Menschen im Kanton ein würdiges Leben führen können, die nicht auf der Sonnenseite stehen, haben wir noch lange nicht erreicht. Immerhin wurde es dank der durch die leichte Steuererhöhung gewonnenen Mittel möglich, dass der Kanton bei der IPV wieder

gesetzeskonform ist. Die Arbeitszeiterhöhung beim Staatspersonal und den Lehrpersonen konnte wieder rückgängig gemacht werden. Aber noch immer fehlen dem staatlichen Haushalt die Mittel, damit alle Menschen im Kanton die gleichen Chancen auf eine Ausbildung haben, am kulturellen Leben teilnehmen können oder auch mit Behinderungen einen normalen Alltag führen können. Trotz guter Wirtschaftslage hat der Kanton in den letzten Jahren fast eine halbe Milliarde Franken eingespart. Jetzt, wo die Konjunktur langsam abflacht und eine Rezession droht und die Bekämpfung des Klimawandels grosse finanzielle Mittel erfordert, fehlt es dem Kanton an Reserven. Der Kanton braucht eine gerechtere Steuerpolitik, an die alle, gemessen an ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, einen Beitrag leisten. Heute haben wir drei Stunden debattiert, trotzdem wurde kaum ein Antrag überwiesen. Von den zusätzlichen Aufgaben im Zusammenhang mit der Digitalisierung wollten Sie nichts wissen. Mir sieht das nach einer Vogel-Strauss-Politik aus. Die Kosten im Zusammenhang mit dem Umzug in das neue Verwaltungsgebäude sind noch nicht bekannt. Ich erwarte diesbezüglich vom Regierungsrat klare Antworten, wie er sich diese Finanzierung vorstellt, und zwar nicht zulasten der Angestellten. Anlässlich der Klima-Sondersession wurden einige Massnahmen beschlossen, die rasch umgesetzt werden müssen. Sie haben meine Anträge für zusätzliche Gelder infolge der Klimapolitik belächelt. Ich finde es problematisch, wie Sie mit den gerechtfertigten Forderungen der jungen Menschen umgehen. Wir müssen jetzt in die Klimapolitik investieren, Sie aber haben alle entsprechenden Anträge abgelehnt. Sie wollen der nächsten Generation keine finanziellen Schulden hinterlassen, bürden aber ihren Kindern und Enkelkindern immense Klimaschulden auf. Von dieser Politik müssen wir Abstand nehmen. Ich bitte Sie, die Situation der jungen Menschen ernst zu nehmen und Ihre Politik anzupassen. Gemäss den Aussagen meiner neuen Ratskolleginnen konnten anlässlich der Kommissionssitzung zum AFP nicht alle Fragen gestellt werden. Der AFP musste innerhalb eines Morgens beraten werden. Das geht so nicht, denn dadurch wird die Debatte einfach in unseren Rat verlagert. Meine Fraktionskolleginnen und -kollegen haben Sie darauf aufmerksam gemacht, die Diskussion in den Rat zu verlagern, sollte anlässlich der Beratung in der Kommission nicht genügend Zeit sein. Die FDP hat erklärt, wie wichtig ihr die Klimapolitik ist, konkrete Ideen nennt sie aber keine. Die CVP hat erklärt, dass unsere Anträge aufgrund der niedrigen Beträge lächerlich seien. Als es aber um die OE17-Massnahmen ging, haben wir um viel kleinere Beiträge gefeilscht. Unser Rat ist für das Gesamtbudget verantwortlich und somit für alle Beträge, unabhängig von ihrer Höhe. Ein Teil der G/JG-Fraktion lehnt das Budget ab.

Für die SVP-Fraktion spricht Urs Dickerhof.

Urs Dickerhof: Die SVP-Fraktion hält fest, dass mit dem AFP 2020–2023 richtig geplant wurde und die Schuldenbremse eingehalten wird. Wir können nachvollziehen, dass nun wegen der Klimathematik Anträge für Mehrausgaben eingereicht wurden. Aber wo setzen wir an, wenn wieder zu wenig Geld vorhanden ist und wir Sparpakete schnüren müssen? Bei den Löhnen, den Arbeitspensen, beim Klima oder den Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind? Wir wollen und müssen uns auf das Wesentliche beschränken und das Notwendige tun. Man soll nicht mehr ausgeben, als man einnimmt. Es ist verständlich, dass ein Budgetüberschuss bei der Ratslinken Begehrlichkeiten auslöst. Aber mit Rücksicht auf eventuelle Nachtragskredite ist immer noch kein Polster vorhanden, um weitere Ausgaben zu tätigen, ohne in die Gefahr eines erneuten Defizits zu geraten. Ich bin mir nicht sicher, ob der Erfolg der Finanzpolitik allein der CVP zu verdanken ist oder ob es ein Resultat der konsequent eingehaltenen bürgerlichen Finanzpolitik ist. Wichtig ist aber, dass nun ein AFP vorliegt, der den Namen Planungsinstrument verdient und auf dem man aufbauen kann. Eigentlich ist es egal, wer schuld daran ist, Hauptsache, es ist ein gutes Budget, und sogar eines ohne Steuererhöhung, die ja von der SVP bekämpft worden ist. Es ist unbestritten, dass die Klimadebatte Einfluss auf das Budget hat. Aber man muss sich schon fragen, wie unsere Instrumente funktionieren. Unser Rat bestellt einen Bericht, und gleichzeitig wollen wir Ausgaben tätigen, die uns noch nicht bekannt sind. Jetzt soll zuerst der Klimabericht ausgearbeitet werden. Wir gratulieren der Regierung zum AFP 2020–2023 und dem Voranschlag, endlich zeichnet sich am Horizont ein Silberstreifen ab. Die SVP will einen

AFP, wie er nun mit einer gesunden finanziellen Perspektive für die zukünftigen Jahre vorliegt, dazu gehört auch der Voranschlag 2020.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Kantonsratsbeschluss über den Voranschlag 2020 des Kantons Luzern, wie er aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 110 zu 5 Stimmen zu.